

MITTEILUNGSBLATT der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffne- ter Organe und der Zoll- verwaltung der DDR e. V.

* AUS DEM INHALT *

- S. 2/3 DER KAMPF GEGEN
DAS RENTENUNRECHT
- S. 3/4 BRIEF AN DEN
BUNDESKANZLER
- S. 5 AUS UNSEREN TIG
- S. 6 ABSCHLUSSERKLÄRUNG
BUNDESAUSSCHUSS
FRIEDENSRATSCHLAG

Wir vergessen nicht...

Der 19.Oktober ist der dritte feste Termin eines jeden Jahres, an dem sich Bürger und Bürgerinnen aus Geithain und dessen Umgebung sowie Vertreter verschiedener Vereine und Verbände am Fliegerehrenmal in Syhra zusammenfinden, um nicht nur des Absturzes der zwei sowjetischen Piloten Oberst Schandakow und Major Wladimirow vor nunmehr 59 Jahren zu gedenken, sondern, wie am 8.Mai und am 1.September, dem Weltfriedenstag, Gedanken zur aktuellen Situation in Europa und der Welt auszutauschen. Besonders herzlich begrüßen konnten wir auch in diesem Jahr Vertreter der Botschaft der russischen Föderation in Deutschland. Zu den Veranstaltungen lädt jeweils die 2024 gegründete Interessengemeinschaft „Freundeskreis Fliegerehrenmal Syhra“ ein.

Die Gründung der Interessengemeinschaft hat uns die Möglichkeit gegeben, die Arbeit mit dem Ehrenmal auf „breitere“ Schultern, sowohl bei der Pflege, als auch bei der Auswahl der Redner zu den verschiedenen Anlässen der Zusammenkünfte am Ehrenmal zu verteilen. So legte unser Mitglied G. Keller (90 Jahre) am 8. Mai seine persönlichen Erinnerungen an die Befreiung vom Hitlerfaschismus 1945 dar. Nach der Begrüßung der Gäste durch den Vorsitzenden der Interessengemeinschaft nahm Th. Lang, Vorsitzender des Ortsverbandes Geithain der Partei „Die Linke“ das Wort.

Liebe Mitglieder des Freundeskreises Fliegerdenkmal Syhra!

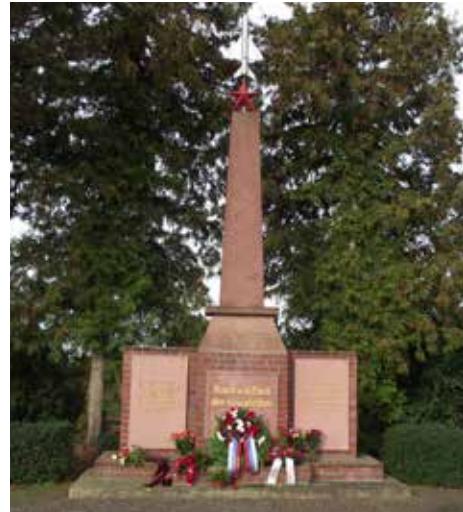
Liebe Anwesende! Liebe Friedensfreunde aus Nah und Fern! Sehr geehrte Vertreter der Russischen Botschaft Berlin!

Seit Jahrzehnten treffen wir uns am 19. Oktober hier am Fliegerehrenmal Syhra, um zweier Menschen zu gedenken und sie zu ehren, die wahrlich als Soldaten des Friedens charakterisiert werden können. Die beiden sowjetischen Piloten Oberst Viktor Nikolajewitsch Schandakow und Major Juri Alexejewitsch Wladimirow. Sie waren am gleichen Tag vor heute 59 Jahren mit ihrer MIG 21U

auf einem Übungsflug und überflogen, als das Triebwerk der Maschine zuvor Feuer gefangen hatte, zunächst noch das Dörfchen Syhra und lösten erst danach die Rettungssysteme aus. Sie vermieden durch dieses uneigennützige Handeln, dass Einwohner Syhras zu Schaden kamen. Sie beide aber verloren dabei ihr Leben. Aber nicht nur das lässt uns Hochachtung vor diesen beiden Menschen haben. Denn sie waren durch ihr Wirken als sowjetische Militärflieger aktiv daran beteiligt, dass der Frieden im unserem Land über Jahrzehnte bewahrt werden konnte. Den allermeisten von Euch dürften all diese Tatsachen bekannt sein, denn ich sehe auch heute im Rund viele vertraute Gesichter. Die Erinnerung daran zu bewahren und daraus Lehren zu ziehen, dass Frieden das Wichtigste auf der Welt ist, sollte aber immer an erster Stelle unseres Denkens und Handeln stehen.

Es bewog den Ortsverband Geithain der Partei „Die Linke“ und ISOR e.V. TIG Geithain-Roßlitz vor Jahren auch dazu, dass 1967 eingeweihte Fliegerehrenmal von den Schäden der Zeit zu befreien und es restaurieren zu lassen. Die große Unterstützung vieler Menschen aus der ganzen Republik, die dafür Geld spendeten, half, dass es am Weltfriedenstag 2018 eingeweiht werden konnte, um den beiden Helden – einem russischen und einem ukrainischen Militärflieger - weiterhin Ehre zu erweisen. Deshalb macht es mich und sicher auch viele von Euch sehr betroffen, dass nun schon mehrere Jahre zwischen diesen beiden Ländern, die einst der Garant für Frieden in Europa und der Welt waren, eine kriegerische Auseinandersetzung tobt, die täglich Opfer an Menschen, zerstörte Gebäude, Fabriken, Anlagen auf beiden Seiten fordert.

Ja, wir, die wir das politische Weltgeschehen interessiert verfolgen, wissen, was Russland 2022 dazu bewog, diesen Krieg zu beginnen. Leider hat zuvor die NATO oftmals durch die Hintertür versucht, einst getroffene Abmachungen zu hintergehen, auch zwischen diesen beiden Staaten. Und ich erinnere



an das 2+4-Abkommen von Berlin, wo einst versprochen wurde, das Nato-Gebiet nicht nach Osten auszudehnen. Und was passierte seitdem? Und dennoch: Jedem vernünftigen Menschen muss es das Herz bluten lassen, dass dieser Krieg tobt – und er ist zudem nur einer von vielen auf dem Erdball. Ja, die Ängste steigen vor der immer größer werdenden Gefahr einer Ausweitung, ja sogar eines Atomkriegs. Ich würde mir deshalb von Herzen wünschen, dass die Auseinandersetzungen schnell enden mögen, Kampfhandlungen eingestellt und stattdessen diplomatische Verhandlungen auf den Weg gebracht werden. Statt noch mehr Kriegsgerät anzuschaffen, sollten die Waffenlieferungen gestoppt werden. Leider spielt unser Land im Bemühen, dies auf den Weg zu bringen, eine sehr unrühmliche Rolle. Beschlüsse und Vorhaben aus den Regierungskreisen gehen nur in Richtung Aufrüstung, noch größerer Waffenlieferungen. Täglich wächst die Gefahr, als NATO-Land Kriegspartei zu werden. Und nahezu täglich werden Nachrichten verbreitet, die Russland zum Erzfeind Deutschlands und Europas machen. Ja, es wird schon Kriegspropaganda betrieben. Denn was ist es sonst, wenn der deutsche Außenminister Wadephul dieser Tage versicherte, und ich zitiere wörtlich, was dem ND am 14. Oktober zu entnehmen war: „Russland wird immer unser Feind bleiben!“ Gibt es da noch Fragen? Dem Kontra zu bieten, dafür ist neben diplomatischen Initiativen, von denen aus unserem Land seitens der Re-

gierung noch kein Beitrag zu hören war, eine starke Friedensbewegung notwendig. Wir alle sind dabei gefragt und gefordert, uns einzureihen. Und alle, die das gleiche Ziel haben und die die gleichen Ängste bewegen, sollten sich trotz manchem Ärger über kleinere Unstimmigkeiten oder Aussagen in Diskussionsrunden, die man für falsch hält und selbst nicht teilt, auseinander dividieren lassen, sondern das gemeinsame große Ziel nicht aus den Augen verlieren. Das ist viel wichtiger. Unser gemeinsames Ziel muss und kann nur sein: Frieden und Völkerverständigung! Die kleine weiße Friedenstaube sollte endlich wieder und möglichst schnell auf Flugreise gehen. Wir sind an ihrer Seite und ich würde die Vertreter der russischen

Botschaft, über deren Kommen wir uns auch heute sehr freuen, bitten, dies dem Botschafter zu übermitteln und ihn wissen zu lassen, dass auch in Deutschland viele Menschen diesen Wunsch haben.

Und ich glaube, dieses Eintreten für den Frieden wäre ganz sicher auch im Sinne der beiden sowjetischen Helden, die wir heute hier ehren.

Als nächster Redner wantete sich Anton Smolnikow, Mitarbeiter der Botschaft der Russischen Föderation an die Anwesenden. Zunächst bedankte er sich bei den Mitgliedern des Freundeskreises „Fliegerehrenmal Syhra“ für das Wachthalten der Erinnerung an die am 19.10.1966 an dieser Stelle ab-

gestürzten Piloten, die mit ihrem Handeln eine große Katastrophe verhindert haben. Er bedankte sich aber auch dafür, dass das Ehrenmal sich in einem sehr gepflegten Zustand befindet. In seiner Rede äußerte er sich zuversichtlich, dass sich das Verhältnis zwischen Russland und Deutschland zum Guten ändern muss und auf diplomatischem Weg Veränderungen zum Positiven erreicht werden müssen. Russland ist nach wie vor zu Verhandlungen bereit. Abschließend bedankte er sich in seinem und auch im Namen der außerdem noch anwesenden Mitarbeiter der Russischen Botschaft für die ausgesprochene Einladung und dass sie dieser sehr gern gefolgt sind.

Reinhard Frohberg, TIG Geithain / Rochlitz

* * * AUS DER ARBEIT DES VORSTANDES * * *

Vorstandssitzung am 19. November 2025

Der Vorstand nahm die Berichte der Landesbeauftragten über die Situation und die Entwicklung in den TIGs der Länder entgegen. Im Mittelpunkt sehr vieler TIGs standen Mitgliederversammlungen und Beratungen zu den erreichten Ergebnissen der politischen, informellen und individuellen Arbeit sowie zu den Herausforderungen der weiteren inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung ihrer Arbeit. Besondere Bedeutung kam den Aktivitäten des Einbringens der TIG und einzelner Mitglieder in den Kampf gegen das Rentenunrecht zu. Die Berichte zeigten auch, dass rechtzeitiges Reagieren auf personelle Veränderungen in der Führung der TIGs eine vorrangig zu lösende Aufgabe bleibt.

Die Vorbereitung der Vertreterkonferenz war einer der Schwerpunkte der Beratung des Vorstandes. Im Mittelpunkt stand die Prüfung des erreichten Standes bei der Umsetzung der beschlossenen Checkliste, insbesondere bei der weitere Umsetzung organisatorischer Aufgaben. Die eingereichten Vorschläge zur Überarbeitung und Ergänzung unserer Broschüre zu den zu ehrenden Verstorbenen werden in der Neuauflage Berücksichtigung finden. Auf Grund offensichtlich nicht eindeutig übermittelter Kriterien räumt der Vorstand den TIG ein, bis zum 15. Dezember 2025 abschließend ihre Vorschläge nachzureichen. Es wurde eingeschätzt, dass die Vorbereitung der Vertreterkonferenz planmäßig erfolgt.

Zur Weiterführung des Kampfes gegen das Rentenunrecht wurde die personelle Zusammensetzung der Arbeitsgruppe zur Prüfung möglicher Voraussetzungen für die Nutzung juristischer Möglichkeiten bestätigt und die erste Zusammenkunft für den Dezember

einberufen. Die durch mehrere TIGs und Einzelmitglieder unternommenen Aktivitäten, mit Schreiben an Bundestagsabgeordnete, Fraktionsvorsitzende des Bundestages und der Landtage ostdeutscher Länder fand Zustimmung und Anerkennung. Die bereits eingegangenen Antworten, auch die zu unserem Schreiben an den Bundeskanzler aus dem Kanzleramt (siehe Veröffentlichung in dieser Zeitung), machen deutlich, dass der politische Kampf gegen das Rentenunrecht weitergeführt werden muss und sind für weiterführende Maßnahmen zu nutzen. Nur kontinuierliche Auseinandersetzung und Zwang auf den Gesetzgeber kann eine Änderung schaffen.

Der Beitrag von Wolfgang Schmidt „Kulturstatsminister mit der Lizenz zum Lügen“ zur Diskreditierung ehemaliger Mitglieder der SED und insbesondere der Mitarbeiter des MfS als Folterknechte (siehe „ISOR aktuell“ vom Oktober) zeigt die Notwendigkeit, entschieden gegen solche Verleumdungen aufzutreten. Es wurde hervorgehoben, dass dieser Beitrag Motivation für unser Handeln gegen das Rentenunrecht, gegen Verleumdung und Geschichtsfälschung ist. Der Vorstand spricht Wolfgang für diesen offensiv vorgetragenen, klaren Standpunkt seine Anerkennung aus.

Der Vorstand befasste sich mit dem Abschluss der Neugestaltung unserer Internetseite, die ab Dezember genutzt werden kann sowie mit einer Information der Revisionskommission zur Finanzarbeit im I. Halbjahr 2025. Diese Information lässt erkennen, dass eingeleiteten Maßnahmen zur Konsolidierung der Finanzen beigetragen haben und die Finanzen des Vereins auf einem stabilen Fundament stehen.

Gerald Böhm, TIG Leipzig, Stellv. Vorsitzender

Der Kampf gegen das Rentenunrecht wird weitergeführt und muss neu organisiert werden

Am 23. Oktober 2025 fand die Mitgliederversammlung des Vereins „Runder Tisch Rentengerechtigkeit“ statt, in deren Ergebnis die Mitglieder mit großer Mehrheit beschlossen haben, den Verein zum 31.12.2025 aufzulösen.

Seit über 30 Jahren kämpfen die verschiedensten Berufs- und Personengruppen, die mit der Überleitung des DDR-Rentensystems in das bundesdeutsche benachteiligt und durch den Raub ihrer berechtigten Rentenansprüche um ihre Lebensleistungen betrogen wurden, um die Beseitigung dieses Rentenunrechts. Seit 2019 haben sich diese Berufs- und Personengruppen im Runden Tisch für Rentengerechtigkeit lose zusammengeschlossen und ihre Aktivitäten zur Anerkennung ihrer Rentenansprüche organisiert. Die politischen Parteien und staatlichen Gremien haben diesen losen Zusammenschluss nicht akzeptiert und gefordert, einen Gesprächspartner zu haben, der mit ihnen auf „Augenhöhe“ verhandeln kann und als solcher akzeptiert wird. Es kam am 30. Juni 2023 zur Gründung des Vereins „Runder Tisch Rentengerechtigkeit“ e.V. (RTR e.V.) und damit zum organisierten Zusammenschluss aller benachteiligten Berufs- und Personengruppen. ISOR ist dem Rundentisch beigetreten und hat diesen Verein aktiv unterstützt. ...

Seit dieser Zeit wurde eine Vielfalt von Maßnahmen und Aktivitäten gegenüber politischen und staatlichen Entscheidungsgremien, Abgeordneten des Bundestages und der Landtage, politischen Parteien und ihren Führungskräften sowie Gewerkschaften

durchgeführt und umgesetzt, die entweder durch Ignoranz der angeschriebenen und kontaktierten Personen und Einrichtungen oder mit nichtssagenden Formulierungen und fadenscheinigen Begründungen abgelehnt wurden. Wir berichteten dazu ausführlich in der „ISOR aktuell“.

Die Forderung der Politik, einen ebenbürtigen Gesprächs- und Verhandlungspartner zu schaffen, wurde durch die Forderer selbst missachtet und ist in der Rückschau als scheinheiliger Versuch zu werten, mit dieser Forderung Gespräche über die Beseitigung des Rentenunrechts und die Anerkennung der Lebensleistungen der betroffenen DDR-Bürger zu verhindern.

So kam die Mitgliederversammlung zu dem Schluss, dass der Runde Tisch seit 2019 für Rentengerechtigkeit und Anerkennung der Lebensleistungen der betroffenen DDR-Bürger ergebnislos gekämpft hat, versucht wurde, zwei Bundesregierungen von der Notwendigkeit eines Gerechtigkeitsfonds zu überzeugen, ohne ein Ergebnis zu erreichen, die Gründung des Vereins RTR e.V. als gewähltes Organ noch aktiver die Forderungen nach Rentengerechtigkeit einzubringen und Gehör zu finden, erfolglos blieb, der DGB nach anfänglicher Unterstützung und die Parteien, die seit 2024 in Regierungsverantwortung waren und sind, sich seit Dezember 2024 spürbar abgewendet haben,

der Verein feststellen muss, dass gegenwärtig keine Möglichkeiten und Voraussetzungen vorhanden sind, um Ergebnisse entsprechend des Strategiepapiers 2023 bis 2026 zu erreichen, und beschloss die Auflösung des Vereins, nicht ohne dem Vorstand und den beiden Vorsitzenden Dietmar Pölster und Dr. Klaus-Dieter Weißenborn für ihr engagiertes Wirken, die Ziele des Vereins zu erreichen, zu danken.

Der Verein RTR e.V. hat im rentenpolitischen Kampf Wirkungen hinterlassen. Das bestehende Rentenunrecht wurde in politischen Parteien, staatlichen Gremien und in den Gewerkschaften nicht nur öffentlich gemacht, sondern durch das Wirken des RTR wurden die Regierenden gezwungen, scheinheilig auf Forderungen einzugehen. Der seitens der Regierung statt des Gerechtigkeitsfonds geschaffene Pseudoersatz Härtefallfonds erwies sich als Bluff und nicht als Lösung des Rentenunrechts. Das haben wir, das hat der RTR von Beginn an angeprangert. Damit wurde offiziell anerkannt, die Rentengerechtigkeit besteht trotz der Rentenüberleitungsabschlussgesetzes fort. Der Verein erbrachte den Nachweis, dass der Kampf gegen das Rentenunrecht ein legitimer Kampf war, der an dem politischen Unwillen der Herrschenden, eine Lösung in Form eines Gerechtigkeitsfonds zu finden, gescheitert ist.

Das Wirken des RTR e.V. konnte eine gewisse öffentliche Ausstrahlung in Zeitungen, im Fernsehen und anderen Medien erreichen. Die Stärke des Vereins war auch das einheitliche und geschlossene Handeln der vertretenen Berufs- und Personengruppen. Aus der Mitgliederversammlung heraus wurde deutlich, dass diese Berufs- und Personengruppen gewillt sind, ihren Kampf in ihren Strukturen gegen das Rentenunrecht fortzuführen, wie das u.a. durch die Haltung der Balletttänzerinnen und Eisenbahner zum Ausdruck kam. Welche Schlussfolgerung ergibt sich für uns? In der Überzeugung, dass wir nicht gewillt sind, das Rentenunrecht hinzunehmen, muss der politische Kampf gegen das Rentenunrecht und die Straffrenten weitergeführt werden. Nur der Zwang auf den Gesetzgeber kann eine Änderung schaffen. Die begonnenen vielfältigen Aktivitäten und Maßnahmen des Vorstandes der ISOR e.V., verschiedener TIGs und von Einzelmitgliedern sind der richtige Weg, unseren Druck auf eine politische Lösung des Rentenrechts zu erhöhen und Ergebnisse anzustreben. Setzen wir uns für die Beseitigung des Rentenunrechts ein und schaffen wir mit unserer Vertreterkonferenz im Juni 2026 dafür weitere Voraussetzungen.

*Gerald Böhm, Mitglied des RTR
Stellvertretender Vorsitzender ISOR e.V.*

24.10.2025

Berlin, 29.09.2025

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
als Vorsitzender von ISOR e.V. einem Sozialverein, wende ich mich an Sie.

Wer ist ISOR? In ihr sind weitestgehend Betroffene, inzwischen auch deren Angehörige und Nachkommen vereint, deren erworbene Rentenansprüche aus DDR-Zeit gekürzt wurden. Im Sinne unserer Vereinssatzung treten wir für unsere sozialen Rechte ein. Schritte in diese Richtung mildern das Schicksal vieler sowie der sie unterstützenden Familien. Dieses hier dargestellte Anliegen ist ein wesentlicher Schritt.

Welche sozialen Benachteiligungen sehen die Vereinsmitglieder?

Sie haben zu DDR-Zeiten 10% ihres Bruttoeinkommens in die persönliche Altersvorsorge eingezahlt, um eine staatlich zugesicherte pensionsähnliche Altersvorsorge zu erhalten. Die Arbeiter und Angestellten der DDR hatten max. 60 Mark monatlich für die Altersvorsorge zu zahlen.

Mit dem Ende der DDR wurde diese pensionsähnliche Altersvorsorge geschlossen. Jedoch aus dem Schließen, d.h. keine weiteren Einzahlungen waren mehr möglich, wurde ein Canceln.

Die eingezahlten Beiträge über 60 Mark hinaus wurden komplett ignoriert für die Zeiten der Tätigkeit als Angehörige der Nationalen Volksarmee, des Ministeriums des Innern, des Ministeriums für Staatssicherheit sowie Angehörige der Zollorgane.

Die Betroffenen wurden in die gesetzliche Rentenversicherung überführt, bei der andere Bemessungsgrenzen gelten. Sie wurden den DDR-Bürgern gleichgestellt, die monatlich max. 60 Mark in die Rentenversicherung einzahnten.

Doch mit dem Streichen der pensionsähnlichen Altersvorsorge war es nicht genug. Den Mitarbeitern des MfS wurden Renten unter dem Vorwand überhöhter Einkommen auf max. 0,7 Rentenpunkte gekürzt, für MdI, NVA und Zoll 1,0 Rentenpunkte. Somit wurden diese Personenkreise maximal auf den Median der DDR-Rentner, also undifferenziert herabgesetzt. Das erfolgte bei der politisch willkürlichen Kürzung seitens des Entscheids der letzten Volkskammer der DDR nicht.

1999 erkannte das BVerfG diese Entscheidung als Unrecht an, hob NVA, MdI, Zoll bis zur Beitragsbemessungsgrenze an und forderte für das MfS eine Anhebung auf mindestens einen Rentenpunkt. Begründung für die mindes-

tens-Aussage war, weil keine hinreichenden Fakten für oder gegen die überhöhten Einkommen ausgewiesen werden konnten. Nach Vorlage dieser Nachweise mittels des sozialwissenschaftlichen Gutachtens von Prof. Dr. Weißbach und Dr. Miethe sowie des juristischen Gutachtens von Prof. Dr. Dr. Merten, die mit dem kompletten Datenbestand aus den Daten der bundesdeutschen Rentenversicherung zu den betreffenden Personenkreisen arbeiten konnten, hat das BVerfG sich entgegen sonstiger Praxis ausführlich antwortend damit beschäftigt. Es betonte in seinem Spruch von 1999, dem Gesetzgeber steht es frei die 1999 festgelegte Mindestgrenze anzuheben. Die Gutachten sowie die Urteile des BVerfG können wir Ihnen bei Bedarf gern zustellen. Sie Herr Bundeskanzler, haben diesen nachstehenden Sachverhalt als politisches Erbe übernehmen müssen. Bitte beachten Sie, die Benachteiligung betrifft nicht nur die große Anzahl der damals im Dienst stehenden. Wegen der rigorosen Kürzung betrifft es auch die Familien.

Im Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode sind in den Zeilen 620 und 621 folgende Festlegungen enthalten: „Gebrochene Erwerbsbiografien und Abwanderungen ge-

hörten für viele Menschen zu den Folgen des Zusammenbruchs der maroden DDR-Wirtschaft nach 1990.“

Darüber hinaus soll eine Kommission der Regierung Vorschläge für ein zukunftsfähiges Rentensystem unterbreiten. Dafür weisen wir erneut auf die folgenden ungelösten Rentenfragen hin.

Seit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland streiten die ehemaligen Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit/des Amtes für Nationale Sicherheit (MfS/AfNS) und die Personen, die eine Funktion nach den Bestimmungen des § 6 Absatz 2 des AAÜG ausübten, um die rentenrechtliche Anerkennung ihrer durch Beiträge erworbene Ansprüche für die Berechnung ihrer Renten.

Im Rentenangleichungsgesetz vom 28.06.1990, § 23 Absatz 2 (Gesetzblatt der DDR Teil I vom 04. Juli 1990) legte die Volkskammer der DDR unterschiedliche Rentenansprüche der bewaffneten Organe fest. Für die Sonderversorgungssysteme des Ministeriums für Nationale Verteidigung bzw. des Ministeriums des Innern wurden die zusätzlichen Versorgungen auf 1.500 DM plus Rente aus der Sozialversicherung von 510 DM auf den Höchstwert von 2010 DM begrenzt.

Mit dem Gesetz der Volkskammer über die Aufhebung der Versorgungsordnung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit vom 29. Juni 1990 (GBI Teil I S. 501) traf die Volkskammer weitreichende Einschränkungen für den betreffenden Personenkreis.

Beim Sonderversorgungssystem des MfS/AfNS reduzierte die Volkskammer der DDR mit dem genannten Aufhebungsgesetz die Rentenansprüche auf 990 DM. Diese Ungleichbehandlung war eine politische Abrechnung und sozialrechtlich nicht nachvollziehbar.

Mit den rentenrechtlichen Bestimmungen verfügte der dann gesamtdeutsche Gesetzgeber weitere erhebliche Einschränkungen. Die Ansprüche wurden auf 0,7 Entgeltpunkte je Arbeitsjahr willkürlich reduziert. Diese Kürzungen nahmen die Anspruchsberechtigten nicht hin und es kam zu einer Vielzahl von Klagen vor den Sozialgerichten.

Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes erklärte im Urteil vom 28.04.1999 die Reduzierung auf 0,7 Entgeltpunkte des jeweiligen Durchschnittsentgeltes im Beitrittsgebiet mit Artikel 3 Absatz 1 und Artikel 14 Grundgesetz für unvereinbar und nichtig.

Weiterhin traf das Bundesverfassungsgericht im 3. Leitsatz dieses Urteils folgende Entscheidung: „Die pauschale Kürzung von Versorgungsleistungen aus dem genannten Versorgungssystem nach dem als Bundes-

recht fortgeltenden Gesetz der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufhebung der Versorgungsordnung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit ist mit dem Grundgesetz vereinbar“.

Diese Festlegung nutzt der Gesetzgeber zu einer ungerechtfertigten pauschalen Kürzung auf 1,0 Entgeltpunkte pro Beitragsjahr. Damit bestätigte das Bundesverfassungsgericht die vom DDR-Gesetzgeber getroffene pauschale Kürzung der Versorgungsleistungen bei der Überführung in das Rentenversicherungssystem pauschalisierend auf höchstens 990 DM. Die Volkskammer der DDR wollte allerdings die Renten der Angehörigen des MfS/AfNS nicht auf das Niveau der Durchschnittsrente der DDR senken. Die Begrenzung auf 990 DM (die Angehörigen der anderen Sonderversorgungssysteme wurden auf 2010 DM begrenzt), die in einer emotional aufgeheizten Atmosphäre erfolgte, betrug das 1,47-fache einer Standardrente der DDR (45 Arbeitsjahre, Durchschnittsverdienst, vollständige Einzahlung in die Freiwillige Zusatzrentenversicherung), die zum gleichen Zeitpunkt nach den Angaben der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte 672 DM betrug. Zu dieser Einschätzung kommt das Bundesverfassungsgericht in der Ziffer 192 des Urteils vom 28.04.1999.

Der gesamtdeutsche Gesetzgeber missachte das genannte Gesetz der Volkskammer der DDR hinsichtlich der Höhe der Entgeltbegrenzungen. Das Bundesverfassungsgericht hob mit den Urteilen vom 28.04.1999 die verfassungswidrige Senkung der Ansprüche auf 0,70 Entgeltpunkte auf und beauftragte den Gesetzgeber, eine Regelung zu schaffen, die mindestens 1,0 Entgeltpunkte berücksichtigte. Ausgangspunkt für die Kürzung dieser Ansprüche ist das beiliegende Gesetz der Volkskammer der DDR über die Aufhebung der Versorgungsordnung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale

Sicherheit vom 29.06.1990. Mit diesem Gesetz begründen bisher der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung die rechtswidrige Kürzung der Renten für die Anspruchsberichtigten dieses Sonderversorgungssystems. In der politischen und juristischen Auseinandersetzung verwiesen die Politiker immer auf dieses Gesetz der Volkskammer der DDR mit dem Argument, die Rentenkürzung sei noch von der DDR festgelegt worden. Hier wird bewusst die juristisch falsche Aussage getroffen, dass die Volkskammer der DDR die Ansprüche dieses Personenkreises auf 1,0 Entgeltpunkte pro Beitragsjahr senken wollte.

Nach der Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes liegt jetzt also die Verantwortung beim Gesetzgeber. Die berechtigten Interessen der früheren Mitarbeiter des MfS/AfNS

wurden nicht entschieden, sondern zwischen dem Gesetzgeber und dem Bundesverfassungsgericht hin- und hergeschoben. Im Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 07.11.2016 über die Zurückweisung der Verfassungsbeschwerde verweisen die Richter auf das Gesetzgebungsverfahren von 2001 zur Umsetzung des Urteils des BVerfG vom 28.04.1999. In der Bundestag-Drucksache Nr. 14/5640 heißt es: „Zur Vermeidung erneuter ideologisch geführter Diskussionen geht der Gesetzgeber grundsätzlich nicht über die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hinaus“.

Hält sich der Gesetzgeber an die Wertneutralität des Sozialrechtes oder wird nach ideologischen Auffassungen entschieden?

Wir fordern vom Gesetzgeber die Einhaltung des geltenden Rechts nach dem genannten Aufhebungsgesetz der Volkskammer der DDR.

Daraus ergeben sich notwendige Änderungen des AAÜG nach den beiliegenden Berechnungen in den Anlagen 5 und 6 zum AAÜG entsprechend der Volkskammer der DDR vorgenommenen Begrenzung der rentenrechtlichen Ansprüche auf 1,47 Entgeltpunkte pro Beitragsjahr, wie sie das BVerG (Ziffer 192) feststellt.

Für eine Prüfung und Umsetzung in Ihrem Auftrag sehen wir das Bundesministerium für Arbeit und Soziales als zuständig an.

*Mit freundlichen Grüßen
Joachim Bonatz
Vorsitzender ISOR e.V.*

*Anlagen
Gesetz der Volkskammer vom 29.06.1990
Berechnungen zu den Anlagen 5 und 6 des
AAÜG*

Antwort aus dem Bundeskanzleramt vom 20.10.2025

Sehr geehrter Herr Bonatz,
haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 29. September 2025 an Bundeskanzler Friedrich Merz. Er hat mich gebeten, Ihnen zu antworten. Dazu teile ich Ihnen mit, dass sich die Rechtslage seit dem letzten Schriftwechsel mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland nicht geändert hat (Schreiben von Herrn Staatsminister Schneider vom 30. März 2022). Eine Änderung der Rechtslage kann ich derzeit nicht in Aussicht stellen. Ich wünsche Ihnen persönlich alles Gute.

*Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Sebastian Bebel
Bundeskanzleramt
11012 Berlin*



81. Jahrestag der Ermordung von Richard Sorge



Am 7. November 2025 jährt sich der Todestag von Richard Sorge zum 81. Mal – ein wichtiger Anlass, das Vermächtnis eines der bedeutendsten Kundschafter des 20. Jahrhunderts zu würdigen.

Richard Sorge, geboren 1895 in der Nähe von Baku, war ein deutsch-russischer Journalist und Kundschafter des sowjetischen Militärgeheimdienstes GRU. Während des Zweiten Weltkriegs operierte er unter dem Decknamen „Ramsay“ in Japan und lieferte entscheidende Informationen, die den Verlauf des Krieges maßgeblich beeinflussten. Besonders bedeutsam war seine Warnung vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 sowie seine Erkenntnis, dass Japan keinen Angriff auf die UdSSR plante – was Moskau erlaubte, Truppen von der Ostfront abzuziehen.

Am 7. November 1944 wurde Richard Sorge im Sugamo-Gefängnis in Tokio hingerichtet. Erst Jahrzehnte später wurde sein Beitrag offiziell anerkannt und gewürdigt. In der DDR galt er als „Kundschafter des Friedens“, und auch heute erinnern viele Gedenkveranstaltungen an sein Wirken. So versammelten sich am 7. November 2025, dem 81. Todestag, Mitglieder verschiedener Organisationen sowie Gäste der Russischen Botschaft an der Gedenktafel in Berlin-Friedrichshain. Unter ihnen auch Joachim Bonatz, Vors. von ISOR e.V. In mehreren Reden wurde nicht nur an Sorges Mut erinnert, sondern auch an die Verantwortung, die aus der Geschichte erwächst: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Anja Mewes, Vorstandsmitglied

Gedenken und Ehrung antifaschistischer Widerstandskämpfer in Leipzig

Auf Initiative des Stadtverbandes der Partei „Die Linke“ und der Regionalgruppe „Georg Schumann“ Leipzig des Traditionsverbandes der NVA und der Grenztruppen der DDR haben Vertreter der Regionalgruppe, der ISOR, TIG Leipzig und des Stadtverbandes Leipzig der „Linken“ am 09. November 2025 an den Stolpersteinen für Georg Schumann und Karl Helbig deren Heldenaten im antifaschistischen Widerstand in Leipzig gedacht. Georg Schumann

Über die Jahresversammlung der TIG Dresden vom 08.11.2025

Die diesjährige Mitglieder-Jahresversammlung stand ganz im Zeichen des Kampfes gegen die ungebremste Aufrüstung in Europa und besonders in der Bundesrepublik Deutschland. Hatten wir 2024 unsere Jahresversammlung mit den Worten „unsere heutige Mitgliederversammlung findet in einer Zeit statt, in der die Welt Kopf steht“ begonnen, so müssen wir 2025 feststellen, sie steht nicht nur Kopf, sondern die reale Gefahr besteht, sie zu vernichten.

Deshalb war es auch eine besondere Freude, dass der Vorsitzende der Fraktion „Die Linke“ im Bundestag Sören Pellmann unsere Einladung wahrnehmen konnte. In seinen Ausführungen gab er eine ausführliche Lageeinschätzung hinsichtlich der wachsenden Kriegsgefahr. An Fakten aus dem im November zu verabschiedenden Haushaltspfanes 2026 erläuterte er den sichtbaren weiteren zunehmenden Sozialabbau.

Weiter konnte er aufzeigen, dass die Linke stets an der Seite der sozial Schwachen steht, soziale Projekte wie Rente, Gesundheits- und Pflege u.a. immer wieder in den Bundestag gebracht hat und weiterbringen wird. Wichtig für uns war auch, dass er ein klares Bekenntnis der Unterstützung der Linken im Bundestag für unseren Kampf gegen das Rentenunrecht zugesichert hat. Wir begrüßten auch den neu gewählten Stellv. Vorsitzenden der Partei DIE LINKE Sachsen Markus Pohle, der den Gruß des Vorstandes überbrachte.

Da er die DDR nicht persönlich erlebt hat mit seinen 34 Jahren, war er erfreut über unsere Einladung und den dadurch erhaltenen Überblick über die Arbeit in ISOR.

Gerald Böhm als Stellv. Vorsitzender ISOR und Landesbeauftragter für Sachsen orientierte nochmals auf die Schwerpunkte im politischen Kampf gegen das Rentenunrecht und den damit im Zusammenhang stehenden vielfältigen Aktivitäten einzelner Mitglieder oder der TIG`s und auf die durchzuführende Vertreterkonferenz 2026 sowie auf den Entwurf der Führungskonzeption 2026 - 2030.

Auch unsere TIG hat sich der Initiative von Bernd Gnant angeschlossen, und ich habe einen persönlichen Brief an alle Dresdner Bundestagsabgeordneten geschrieben, um sie als Volksver-

treter aufzufordern, sich dafür einzusetzen, dass das Rentenunrecht in all seinen Formen restlos beseitigt wird.

Weiterhin hat der Vorstand unserer TIG die Jahresversammlung genutzt, um den Entwurf eines Schreibens an alle Fraktionen des Landtages den anwesenden Mitglieder zur Kenntnis zu geben, Vorschläge für Änderungen zu machen und den Inhalt zu bestätigen. Der Vorstand hofft damit mehr Mitgliedern politisch weiter zu aktivieren. Es erfordert, auch das bisher Erreichte den Mitgliedern bewusst zu machen und ihre Bereitschaft unseren berechtigten Kampf zur Beendigung des Rentenunrechtes nicht kampflos aufzugeben.

Die Schwerpunkte der weiteren Arbeit ergeben sich verstärkt auch aus der Entwicklung des Mitgliederbestandes.

So waren ab September 2024 allein 8 Austritte, vorwiegend aus berechtigten gesundheitlichen Gründen im Zusammenhang mit der Aufnahme in ein Pflegeheim und 22 Todesfälle zu verzeichnen.

Wie bereits schon in den vergangenen Jahren eingeschätzt, liegt der Schwerpunkt der Arbeit deshalb weiter:

- in der Gewährleistung der Besetzung der Betreuer und Kassierer in den Gruppen der TIG
- in der Betreuung durch regelmäßige Kontakte, insbesondere durch die Betreuer und Kassierer
- in der disziplinierten Finanzarbeit, unter Berücksichtigung der steigenden Kosten bei Präsenten zu Geburtstagen, sonstigen persönlichen Höhepunkten sowie Grabsträußen u.a.

Allein 51,7 % der zur Verfügung stehenden Beitragsmittel wurden für die Mitgliederbetreuung verwendet. Wir müssen den Tatsachen Rechnung tragen, dass 29,7 % in der TIG über 85 Jahre sind. Sie sind in den meisten Fällen auch körperlich nicht mehr in der Lage, so wie bisher aktiv in Erscheinung zu treten. Abschließend bestand Einigkeit darüber, dass unser Kampf um soziale Gerechtigkeit und hier im Besonderen um Rentengerechtigkeit nur erfolgreich sein kann, wenn es Frieden auf der Welt gibt und nicht wie sich abzeichnet durch die Eskalation der Gewalt in Gefahr gerät.

Wolfgang Bohlke, TIG Dresden, Vorsitzender

führte von 1941 bis zum Sommer 1944 eine nach ihm benannte größere Widerstandsgruppe und wurde nach seiner Verhaftung im November 1944 zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde am 11. Januar 1945 vollstreckt. Karl Helbig leistete aktiven Widerstand gegen die Nazis und kam am 24.II.1942 im Zuchthaus Waldheim zu Tode.

Es wurden Blumen und Kerzen an den Stolpersteinen niedergelegt und in einer Schweigeminute an die beiden Widerstandskämpfer und die Helden des antifaschistischen Widerstandes in Leipzig gedacht. Mitglieder der Partei „Die Linke“

und Sympathisanten säuberten die Steine und erinnerten in Wortbeiträgen an diese Taten. Zahlreiche Bürger aus der näheren Umgebung nahmen Anteil an diesem Gedenken.

Den Helden des antifaschistischen Widerstandes im faschistischen Deutschland zu gedenken, nimmt für uns Mitglieder der TIG Leipzig einen wichtigen Platz ein, gegen die Verfälschung und gegen das Vergessen der Geschichte aufzutreten. Es trägt so zur Unterstützung des Kampfes für Frieden und gegen Faschismus bei.

Hans-Jürgen Lassig, TIG Leipzig

Abschlusserklärung- Bundesausschuss Friedensratschlag – Kassel, 9.11.2025 - Widerstand gegen Kriege und Kriegsvorbereitungen – Strategien der Friedensbewegung

Aktionsreiche Wochen liegen hinter uns. Die Palästina-Demonstrationen im September, die Friedensdemos am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart und Aktivitäten bundesweit gegen Militarisierung, für Abrüstung, Diplomatie und soziale Verbesserungen, haben die Friedensbewegung gestärkt, auch in einigen Teilen der Gewerkschaften. Das stimmt optimistisch, reicht jedoch bei Weitem nicht aus, den Kriegskurs der Regierung zu stoppen. Wir wollen eine größere gesellschaftliche Breite für Friedenspolitik erreichen. So trafen sich nun bereits zum 32ten um die 500 Aktive der Friedensbewegung beim jährlichen Friedensratschlag am 8. und 9. November 2025 in Kassel. „Deutschland darf nicht kriegstüchtig, sondern muss friedensfähig werden“ war die zentrale Überschrift in den Debatten. Vor diesem Hintergrund wurden Fragen zu künftigen Strategien und inhaltlichen Schwerpunkten der Friedensbewegung in Kassel diskutiert. Die massive Ausweitung von Kriegen und geopolitischen Auseinandersetzungen droht zu einer wachsenden Gefahr eines großen – auch nuklearen – Krieges zu werden. Der Widerstand gegen diese Kriege und kolonialer Ausbeutung ist international notwendig und muss gemeinsam geführt werden. Die herrschende deutsche Politik ist Treiberin der Hochrüstung. Sie rüstet unbegrenzt auf und geht mit einer Vehemenz auf Kriegskurs, die 1945 kaum vorstellbar war. Die Friedensbewegung steht deshalb vor großen Anforderungen.



Die Proteste der Friedensbewegung gegen Aufrüstung und Sozialabbau stoßen auf den Widerstand derjenigen, die an Aufrüstung verdienen und den Sozialabbau gutheißen, das sind Rüstungskonzerne und Regierung. Die drohende Wehrpflicht und die umfassende Militarisierung der Gesellschaft erfordern starke Protestformen. Aktionen für ein Ende des Krieges in der Ukraine, der Militäraktionen gegen Venezuela und Lateiname-rika sowie Proteste gegen Israels Kriege und gegen die Kriminalisierung der Solidaritätsbewegung mit hier lebenden Palästinensern müssen verstärkt werden. Die Friedensbewegung ist gefordert, aufzuklären, Fakten gegen Propaganda zu setzen und ihre Arbeit dort zu verstärken, wo die Auswirkungen der Kriegspolitik die Menschen ganz direkt betreffen, wie in den Gewerkschaften und Sozialverbänden, den migrantischen Organisationen, bei den im Gesundheitswesen Arbeitenden, an Hochschulen und Schulen. Die Militarisierung wird als ‚Sicherheitspolitik‘ propagiert, dabei untergräbt sie die Sozial-, die

Gesundheits- und Bildungspolitik, sowie die Infrastruktur. Sie schädigt den Lebensraum der Menschheit und den Klimaschutz massiv. Die Politik der Kriegsvorbereitung geht einher mit Diffamierung und Repression von staatlicher Seite. Dagegen muss die Friedensbewegung Solidarität und Widerstand organisieren. Friedensfähigkeit ist das Ziel.

Wir rufen auf, an regionalen und bundesweiten Aktivitäten teilzunehmen und diese zu initiieren:

- für Abrüstung statt Sozialabbau
- für starke Ostermärsche
- für die Intensivierung der Unterschriften-sammlung des „Berliner Appells“ gegen die drohende Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen
- für einen massiven Widerstand gegen die Wiedereinführung der „Wehrpflicht“ – die nichts weiter ist als eine Verharmlosung des Kriegsdienstes, auf den sie vorbereiten soll
- für die Widerlegung der Bedrohungslüge, dass der Russe uns überfallen will, mit Fakten.

Was haben die Wahlen in Irland mit Deutschland zu tun?

In Irland standen am Freitag, dem 24.10.25 Wahlen einer Präsidentin an (2 Frauen als Kandidatinnen).

Am gleichen Tag wurde dieses Ereignis im Nachrichtensender ntv kommentiert. Die Überschrift lautete: „Die nächste irische Präsidentin blickt nach Deutschland und sieht Hitler.“ Da darf und muss man sich doch Gedanken machen! Beschriftet wird sie als „eine sehr linke Präsidentin“, offensichtlich ist man heute schon links, wenn man der „regelbasierten Ordnung“ kritisch gegenübersteht. In diesem Zusammenhang betrifft es die Europäische Union. So zum Beispiel die Haltung der EU zum Krieg im Gaza-Streifen, aber auch die zunehmende Aufrüstung in den Staaten der EU. Vor Studierenden einer Universität in Dublin sprach sie auch über die aktuelle Militärpolitik der Bundesrepublik und zog Parallelen mit der Aufrüstung

Deutschlands in den 30er Jahren. Diese Parallelen sind nicht von der Hand zu weisen, gibt es doch täglich neue Beispiele geistiger und materieller Aufrüstung in unserem Land. Wörtlich wird sie im genannten Artikel zitiert: „Mir scheint, da gibt es einige Parallelen zu den 30er Jahren. Ich möchte euch nicht deprimieren. Es gibt Hoffnung. Und wir haben Stimmen. Und wir können sie nutzen.“ Aus dieser Aussage wurde dann geschlussfolgert: „Connolly sieht Hitler, wenn sie auf das heutige Deutschland blickt.“ Durch einen irischen Sender zur Ukraine-Politik befragt, verwies sie auf das Wirken imperialer Mächte und nannte in diesem Zusammenhang auch die USA. Ihre Schlussfolgerung: „Als neutrales Land haben wir die Pflicht, unsere Neutralität zu nutzen, um Machtmissbrauch anzuprangern, egal wo dieser stattfindet, ob durch Russland oder Amerika,

durch welches Land auch immer.“ Der Artikelschreiber vermerkte dann, dass es unklug sei, Verbündeten der EU vorzuwerfen, Kriegstreiber zu sein. Ungeachtet dieser Kritik ergab die Wahl ein eindeutiges Ergebnis: Frau Connolly wurde mit 63 % der abgegebenen Stimmen klare Wahlsiegerin und wird in den nächsten acht Jahren als Präsidentin amtieren, dazu darf man dem irischen Volk gratulieren! Offensichtlich kennt die neu gewählte Präsidentin die deutsche Geschichte besser als unsere heutige Politikergeneration. Bei dem Bildungssystem der Bundesrepublik allerdings nicht verwunderlich!

Dieses Beispiel zeigt, im Kampf um den Frieden gibt es auch innerhalb Europas Verbündete. Verstärken wir unsere Anstrengungen gegen Aufrüstung und für ein friedliebendes Deutschland.

Oberst a.D. Friedemann Munkelt

* * * LESERBRIEF * * *

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der Mai-Ausgabe von ISOR-Aktuell hat die Geschäftsführerin von ISOR und Vorsitzende der Friedenglockengesellschaft, Anja Mewes, einen Artikel über meine Arbeit als Historiker und meine Sammlung aus Exponaten zur Geschichte der DDR geschrieben. Viele von Euch haben sich daraufhin bei mir gemeldet. Für Eure Unterstützung und Euer Interesse möchte Euch allen ganz herzlich danken. Die Sammlung hat viele neue Exponate dazubekommen, die meine historische Arbeit unterstützen.

Aktuell sind drei Bücher in Planung, in denen Orden, Abzeichen, Medaillen, Uhren, Pokale, Ehrengeschenke, Fahnen und vieles mehr vorgestellt werden sollen. Ein Schwerpunkt soll im kommenden Jahr auf den 80. Jahrestag der FDJ gelegt werden. Zudem haben wir Räume für ein Museum gefunden, die aktuell ausgebaut werden.

Seit über 25 Jahren sammle, pflege, ehre und würdige ich mir anvertraute Exponate aus der DDR. Über 100 Ausstellungen in bekannten Häusern sowie Referenzen von Kreisleitungsebene bis ins Politbüro bestätigen das ernsthafte Ansinnen meiner Arbeit.

Über weitere Unterstützung beim Ausbau der Sammlung würde ich mich daher sehr freuen. Bitte meldet Euch, wenn ihr nicht möchtet, dass Eure Geschichte verschterbt wird und Eure Erinnerungen in Vergessenheit geraten.

Solidarische Grüße, Tobias Bank

01746240053

tobiasbank@gmx.de

BUCHTIPP:**China auf dem Weg der sozialistischen Modernisierung:**

Eine Analyse
des Aufstiegs
Chinas aus mar-
xistischer Sicht
Seitenzahl:
492 Seiten
Herausgeber:
Tredition
ISBN-13:
978-3384699633
29,- Euro

* * * IN EIGENER SACHE * * *

Wir – Vorstand, Redaktion und das Team der Geschäftsstelle – wünschen allen Mitgliedern, Sympathisanten sowie allen, die uns verbunden sind, ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gesundes, erfülltes und vor allem friedlicheres Jahr 2026.



Foto: Pixabay

IMPRESSUM

Vorsitzender: Joachim Bonatz
Postanschrift: ISOR e. V.
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Herausgeber: ISOR e. V.
V.i.S.d.P: Steffen Haupt
Redaktion: Steffen Haupt
E-Mail: isor-aktuell-redaktion@t-online.de
Vertrieb: Peter Ott,
isor-berlin@t-online.de

Layout: Ulrike Schiga,
LibelleDeko
Herstellung: MediaService
Internet: www.isor-sozialverein.de

ISOR aktuell dient der Infor-
mation von Mitgliedern der
ISOR e. V. und interessierten
Bürgern und kann nicht bei Be-
hördern als rechtsverbindliche
Auskunft benutzt werden. Bei-
namentlich gekennzeichneten
Beiträgen sind die Autoren für
ihren Inhalt verantwortlich.
Die Redaktion behält sich Sinn
währende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 18.11.2025
Print- und Internetausgabe:
02.12.2025
Redaktionsschluss der
nächsten Ausgabe: 16.12.2025

Geschäftsführerin: Anja Mewes
Di: 9-16 Uhr
Mi: nach telefon. Vereinbarung
Tel.: 030 297843-16
Fax: 030 297843-20
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Rente/Soziales: Peter Ott
Di: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-15
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Schatzmeister und Statistik:
Bernd Hartmann (Home-Office)
Di: Bürotermine und nach tel.
Vereinbarung
Mi: 8-16 Uhr

Tel.: 03338-750 76 91
Fax: 03338-750 76 91
E-Mail: isor-finanz-stat@t-online.de

AG Soziales und Betreuung:
Florian Münter
Telefon: 0151 - 41 46 65 51
Email: isor-sozialbetreuung@t-
online.de

Buchhaltung: Sonja Franz,
Mo-Do: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-19
E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Bankverbind.: Berliner Sparkasse
Empfänger: ISOR e.V. Berlin
IBAN:
DE43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEBEXX